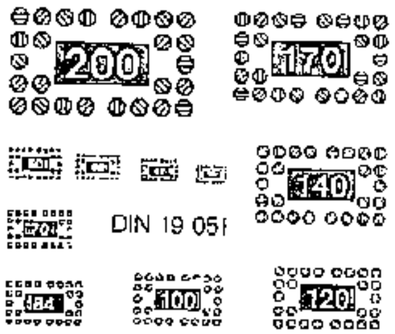

WILLI EICHLER

DER WEG IN DIE FREIHEIT

GEDANKEN
ZUR SOZIALISTISCHEN GESTALTUNG
VON STAAT UND GESELLSCHAFT

-2896

»Der Weg in die Freiheit«
Gedanken zur sozialistischen Gestaltung von Staat und Gesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort 5
Sozialismus ist kein Dogma 7
Die Auseinandersetzung um die Grundlagen 8
Die Dringlichkeit der Verständigung 9
Die Nachkriegsdiskussion 10
Aussprechen, was ist! 10
Die Fragestellung nach der Bundestagswahl 11
Marxismus über Bord? 12
Die Lage der arbeitenden Klassen 12
Der selbstentfremdete Mensch 13
Das Ziel: die freie Assoziation 14
19. und 20. Jahrhundert 15
Sittliche und historische Notwendigkeit 16
Marx und die Kommunisten 16
Die Bedeutung der Ersatzreligion 17
Der Hohn der Satten 17
Politik und Wissenschaft 18
Sozialisierung und Ausbeutung 19
Ziel und Mittel des Kampfes 20
Ethik und Politik 21
Sozialismus und Weltanschauung 22
Die Kirchen und der Sozialismus 23
Arbeiterpartei oder Volkspartei? 25
Sinn und Wert der Freiheit 26
Kann man die Freiheit organisieren? 27
Der Kampf gegen die Furcht 28
Zuviel Sicherheit? 29
„Materielle" und „geistige" Interessen 30
Schule und Erziehung 30
Die Schule als demokratische Einrichtung 31
Erziehung zur Gemeinschaft in der Erwachsenenbildung 31
Der Staat als soziale Demokratie 32
Die Macht in der Demokratie 34
Die Partei als sozialistische Institution 35
Die öffentliche Diskussion 38
Sozialistische Bildung 38
Die klassenlose Gesellschaft 39

DER WEG IN DIE FREIHEIT

Gedanken zur sozialistischen Gestaltung
von Staat und Gesellschaft

Ideen, die unsere Intelligenz besiegt, die unsere Gesinnung erobert, an die der Verstand unser Gewissen geschmiedet hat, das sind Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen, das sind Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft.

KARL MARX

VORWORT

Die Stellung des demokratischen Sozialismus in unserer Zeit ist häufig, und verständlich genug, Gegenstand der Diskussion gewesen. Zwei Weltkriege, die russische Oktober-Revolution, die totalitären Mächte des Faschismus und Kommunismus, die Befreiungskämpfe der Kolonialvölker und schließlich die Entwicklung der Atom-Wissenschaft und -Technik haben unsere Umweltbedingungen vollständig verändert. Geisteswissenschaftlich ist diese Revolution noch nicht verarbeitet.

Jeder von uns ist genötigt, zu den entscheidenden Fragen der Menschheit in unserer Zeit Stellung zu nehmen.

Diese Menschheit kann sich heute selbst vernichten. Aber sie will weiterleben, und das heißt mehr, als in ihren Völkern furchtsam in bloßer Koexistenz das Leben zu fristen. Man wird also nicht umhin können, sich auf die tieferen Grundsätze eines menschenwürdigen Zusammenlebens zu besinnen. Dabei kann man an den Möglichkeiten, die der demokratische Sozialismus für die Lösung der politischen und kulturellen Aufgaben anzubieten hat, nicht vorbeigehen.

Diese Aufgaben sind auf alle Fälle komplizierter, als daß sie sich in den Gegensätzen West und Ost, Kommunismus und Antikommunismus, „friedliebende" und „imperialistische" Völker oder gar „Gentlemen" und „Banditen" einfangen lassen könnten.

Die notwendige Besinnung, um die es offenbar geht, muß, wie wir glauben, beim Menschen anfangen, bei seinen Sorgen, seinen Interessen, seiner Schutzbedürftigkeit, seiner Bewertung als eines vernünftigen, moralischen und freien Wesens, dessen Würde verlangt, daß nicht „die Gesellschaft" und andere anonyme Mächte ihn nach ihrem Bilde, sondern daß er sie nach seinem Bilde, seinem Leitbild formt.

Davon sind wir weit entfernt, — umso mehr Grund, sich Gedanken zu machen, wie der Mensch endlich in den Mittelpunkt der Politik, der Wirtschaft und der Kultur gestellt werden kann, und wie die Konsequenzen solcher Fragestellung aussehen könnten.

Wir brauchen damit nicht beim Nullpunkt zu beginnen. Die Diskussion ist im sozialistischen Lager seit langem im Gange. Nach den Weltkriegen, insbesondere nach der Neugründung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main (1951) und der Bundestagswahl im September 1953 ist sie verstärkt aufgenommen worden.

Als Zusammenfassung und Wertung dieser Diskussion wurde auf dem Berliner Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1954) die Rede gehalten, die wir hier — für den Druck unwesentlich umgearbeitet — veröffentlichen. Sie beansprucht nicht mehr, als einen Beitrag zu liefern für die Diskussion um die wesentlichen Probleme unserer Zeit, für eine Diskussion, die allerdings an das Wesentliche wirklich herangehen muß und sich nicht scheuen darf, Konsequenzen zu ziehen.

Bonn, 11. März 1955

Willi Eichler

Archiv der sozialen Demokratie
Bonn
Bibliothek

A 82-2896

Sozialismus ist kein Dogma

So lange es Sozialisten und eine sozialistische Bewegung gibt, so lange wird um den Gehalt der sozialistischen Ideen, um eine sozialistische Lehre und eine sozialistische Politik diskutiert. Das ist nicht notwendig ein Zeichen innerer Unsicherheit. Der Sozialismus hat es nicht mit dem bloßen Disput um eine „Interpretation" der gesellschaftlichen Situation zu tun, mit einer Beschreibung ihrer geschichtlichen Entwicklung, mit einer gelehrten Formel zur Auflösung verzwickter Zusammenhänge. Das alles gehört zwar durchaus zu seiner Wesensbestimmung — aber es macht nicht seinen ganzen, vielleicht nicht einmal wesentlichsten Sinn aus. An seiner Wiege stand die Empörung, stand der Impuls zu Taten, stellt sich die Aufgabe des Änderns der Umstände — von Änderungen, die weder vor den durch Alter und Gewohnheiten geheiligten Zuständen, noch vor scheinbar unabänderlichen Verhältnissen kapitulieren. Aber Tatsachenforschung u n d klare Zielvorstellungen sind unerläßlich, wenn der Sozialist mit den dauernden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse fertig werden will, wie die Entwicklung der Wissenschaft, der Wirtschaft und Technik und der Kultur sie mit sich gebracht hat. Sozialismus bedingt also Gründlichkeit methodischer Forschung, Klarheit der Zielsetzung und tatkräftige Entschlossenheit realistischer Verantwortungsbereitschaft.

Es ist also klar, daß der Sozialismus keine Sache dogmatischer Festsetzungen sein kann. Er kann, wie Kurt Schumacher in seiner Rede auf dem Gründungskongreß der Sozialistischen Internationale im Juli 1951 in Frankfurt am Main sagte, weder ein Politbüro noch ein Heiliges Offizium brauchen. Aber so lange auch über den Sozialismus schon diskutiert worden ist, und so heftig die verschiedenen Auffassungen oft aufeinanderprallten, — im Wesentlichen war man sich im Grunde einig, so schwierig die theoretische Begründung dieser einheitlichen Grundauffassung auch sein mochte. Was immer man im einzelnen zur Begründung des Sozialismus und zur Klar-

legung der Wege seiner Verwirklichung anführen mag, er war und ist der großartige Versuch, Gesellschaft und Staat so zu gestalten, daß jeder Einzelne seiner Würde gemäß leben kann, daß jeder Mensch die Möglichkeit hat, sein Leben in einer solidarischen Gemeinschaft selbsttätig mitzubestimmen. Ein hohes Ziel, so imposant, wie es schwer zu verwirklichen ist. Denn nur der Alpdruck Jakob Burckhardts, die „schrecklichen Vereinfacher", können glauben, dafür gäbe es einfache und unumstößliche Rezepte. Was die Verwirklichung angeht, so muß man leider Bertrand Russell zustimmen, wenn er sagt: „Das Dilemma unserer Zeit liegt darin, daß die Einfältigen ihrer Sache immer todsicher sind, während die Nachdenklichen immer voller Zweifel stecken." So stellen sich oft den „schrecklichen Vereinfachern" die nicht weniger „schrecklichen Komplizierer" an die Seite. Ich möchte zwischen dieser Scylla und Charybdis jeder vernünftigen Diskussion durchzusteuern suchen und also nicht darauf ausgehen, Rezepte zu liefern oder nur Fragezeichen stehen zu lassen. Auch wenn man keine Rezepte schreiben will, so hat es, wie ich glaube, trotzdem seinen guten Sinn, sich einmal etwas konzentrierter über Fragen auszusprechen, von denen keine völlig n e u ist, von denen aber jede durch eine fruchtbare Diskussion w e i t e r e n t w i c k e l t und ins rechte Licht der Bemühungen um eine bessere und gerechtere Ordnung unserer Gesellschaft gerückt werden kann.

Die Auseinandersetzung um die Grundlagen

Die Diskussion liegt beinahe im Begriff des Sozialismus. Sie wird nie „geschlossen" sein. Sie wird wie bisher seiner Selbstverständigung dienen und der Verständigung mit anderen, der er bedarf, um weiter ein lebendiger Impuls für die gesellschaftliche Entwicklung zu sein.

Die sozialistische Bewegung hat den jahrzehntelangen Streit zwischen Anarchisten und Marxisten, zwischen Michael Bakunin und Karl Marx erlebt. Dabei ging es im wesentlichen um die Methoden des Kampfes gegen den Staat, der von beiden als bloßes Machtinstrument der herrschenden Klasse gegen die Unterdrückten angesehen wurde. Dieser tiefgehende Streit führte nach langen Kämpfen zur Ablehnung des Anarchismus als einer sozialistischen Haltung. Es gab weiter die große Auseinandersetzung zwischen Revisionisten und Orthodoxen, hervorgerufen durch Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus um die Jahrhundertwende. Und schließlich fiel zu Beginn des ersten Weltkrieges die Sozialistische Internationale auseinander über die Frage, was die Sozialisten der verschiedenen Länder angesichts des Kriegsausbruchs tun sollten, um sozialistischen Forderungen zu entsprechen.

Der Streit um die Bewilligung der Kriegskredite war nicht zu schlichten. Die Spaltung der Arbeiterbewegung war die — wenn au n nicht n u r darauf beruhende — Folge.

Das waren gewiß keine belanglosen Meinungsverschiedenheiten. Aber sie betrafen im wesentlichen nicht das Z i e l des Sozialismus. Immer ging es dabei noch im Kern um die Frage: wie kann die sozialistische Aufgabe der Befreiung der Menschheit aus geistiger Hörigkeit und wirtschaftlicher und staatlich unterstützter Monopolherrschaft am besten erfüllt werden?

Die Dringlichkeit der Verständigung

Die Entwicklung der totalitären Herrschaftssysteme des Kommunismus und des Faschismus hat gezeigt, in welcher Gefahr sich die zivilisierte Menschheit befindet. Die moderne Entwicklung der Kriegswaffentechnik, die grausigen Aussichten eines mit Bakterien und Atombomben geführten Krieges zeigen, daß die Menschheit geistig und politisch in der Lage zu sein scheint, den Marsch in ihre eigene Vernichtung anzutreten.

Man wird einwenden, daß gegen eine solche Aussicht auch eine Diskussion, und sei sie noch so ernst, nichts ausrichten kann. Gewiß können Diskussionen den Lauf der Weltgeschichte nicht unmittelbar verändern. Aber Sozialisten sind der Auffassung, daß der einzige, wirklich zureichende Ausweg aus der Katastrophe der Menschheit, einer Katastrophe, die uns ja nicht erst seit der Möglichkeit der Atomspaltung bedroht, der Sozialismus ist. Dann aber muß alles darangesetzt werden, eine einheitliche, zielbewußte und kämpferische P o l i t i k für dieses Ziel zu entwickeln. Dazu aber scheint mir eine Verständigung über die Grundlagen und über die Mittel dieser Politik unerläßlich.

Der Dringlichkeit und der Schwierigkeit dieser Aufgabe war man sich im sozialistischen Lager zwar immer durchaus bewußt. Aber zwei Weltkriege stellten die Sozialisten vor nahezu überwältigende praktisch-politische Aufgaben. So wurden tieferliegende Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt, vor allem angesichts der vordringlichen Aufgabe, den unerhörten Zusammenbruch nach dem zweiten Weltkrieg zu überstehen. Aber es ist selbstverständlich, heute mehr als jemals, daß eine sozialistische Partei um ihrer selbst und auch um ihrer Anziehungskraft auf die Menschen willen klare geistige und politische Vorstellungen und Programme entwickeln muß.

Die Nachkriegsdiskussion

Die Diskussion um das Dortmunder Aktionsprogramm vom Jahre 1952 hat die Zweifler korrigiert, die meinten, die Zeit geistiger Lebendigkeit und der Entwicklung von Ideen und praktischen Vorschlägen sei im Zeitalter der Vermassung und in Massenorganisationen vorbei. Die zahllosen guten und fruchtbaren Abänderungsanträge konnten auf dem Dortmunder Parteitag in voller Kameradschaftlichkeit und in guter Verständigung bearbeitet werden. Sie haben das Aktionsprogramm zu dem geschlossenen Ganzen einer einheitlichen Willenskundgebung der Partei formen geholfen.

Die Diskussion um sozialistische Ziele und Aufgaben, die geistige Auseinandersetzung aber begann nicht mit der Erarbeitung des Dortmunder Aktions-Programms. Schon vorher waren auf den Parteitagen der SPD in Hannover (1946), Nürnberg (1947), Düsseldorf (1948) und Hamburg (1950) programmatische Kundgebungen erfolgt und Richtlinien beschlossen worden, zu denen man auch die Ziegenhainer Erklärung der Kultur-Konferenz der SPD von 1947 und die Dürkheimer Erklärung des Partei-Vorstandes und -Ausschusses der SPD nach der Bundestagswahl von 1949 zählen muß. Schließlich aber hatten alle sozialistischen Parteien sich bei der Gründung der Sozialistischen Internationale im Juli 1951 in Frankfurt am Main in einer Erklärung über „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" nach langen Vorarbeiten auf eine gemeinsame Grundlage ihrer Zusammenarbeit geeinigt. In Deutschland setzte die Diskussion also nicht neu, wohl aber beträchtlich verstärkt nach dem 6. September 1953, nach der Wahl zum zweiten Bundestag ein, die den Sozialdemokraten nicht den erwarteten Erfolg brachte.

Aussprechen, was ist!

Diese Diskussion hat durch ihre Lebendigkeit, ihre Breite und Tiefe gezeigt, daß die seinerzeit zu wenig beachtete Erfahrung von Dortmund keine einmalige Erscheinung war. Eine Partei, die so bis in alle Einzelheiten und öffentlich ihre Grundsätze und ihre Politik diskutieren kann, zeigt schon durch ihre innere Kraft und ihren Willen, Standort und Weg der Partei stets neu an der Wirklichkeit zu messen. Die Partei hat sich als kritik- und kritisierfähig erwiesen. Diese Diskussion muß weitergehen, sie muß tiefer gehen und sie wird zu Konsequenzen führen. Der gelegentlich etwas heftige Ton, vor allem beim Beginn der Diskussionen nach dem 6. September 1953, sollte niemand irritieren. Im Ganzen gesehen war es von Nutzen, daß auch ein großer Teil von Nicht-Sozialdemokraten sich an der Diskussion beteiligte. Daß dabei gelegentlich unvollständig wiedergegebene oder mißverständlich formulierte Äußerungen von Sozialdemokraten in der Öffentlichkeit Verwirrung stiften halfen, war keine Katastrophe. Allerdings entstand dadurch manchmal der von Gegnern des Sozialismus besonders betonte Eindruck, als wenn die Sozialdemokraten jetzt plötzlich alles bisher für richtig und wertvoll Gehaltene, sogar Symbole und Anreden, zu überprüfen hätten, ja als ob ihr ganzes Gebäude wanke. Die Rücksicht auf über 8 Millionen Wähler der Sozialdemokratie schien ins Hintertreffen geraten zu sein. Ein bayerischer Journalist warnte vor solchen Vernachlässigungen und Übertreibungen. Die Wähler hätten die Sozialdemokraten nicht aus Begeisterung t r o t z ihres Programms, sondern ohne Begeisterung w e g e n ihres Programms gewählt.

Die Diskussion ist, was eigentlich selbstverständlich, aber in den meisten politischen Parteien nicht üblich ist, von keiner Seite gehindert worden. So darf man annehmen, daß Ferdinand Lassalles Grundsatz: „Aussprechen, was ist!" überall befolgt worden ist. Die Bearbeitung der Diskussionsbeiträge und ihre Verarbeitung durch besondere Kommissionen, die sich aus den Teilnehmern an der Diskussion zusammensetzten, ergab die Möglichkeit, alle Anregungen für die Grundsätze und für die Politik der Sozialdemokratischen Partei weitgehend zu verwerten.

Die Fragestellung nach der Bundestagswahl

Und nun zum Gegenstand dieser Diskussion und also zum Gegenstand dieser Rede. Wenn man die Diskussion in ihre wesentlichen Bestandteile gliedert, dann ergibt sich zunächst eine grundsätzliche Debatte über den Marxismus; weiter über die Frage, ob die SPD eine Weltanschauungspartei sein soll; schließlich sind Möglichkeiten und die Notwendigkeit eines Grundsatzprogramms, also eine theoretische Fundierung sozialistischer Zielvorstellungen oft erörtert worden.

Eine zunehmend große Rolle spielt die Fragestellung: „Arbeiterpartei oder Volkspartei?". Von entscheidender Bedeutung ist die Haltung der Sozialdemokraten zum und im demokratischen Staat und schließlich der demokratische Aufbau und das demokratische Leben unserer Partei selber.

Mindestens im europäischen Raum muß auch das Verhältnis zu den Kirchen immer wieder überprüft werden. Auch die Einschätzung der gesellschaftlichen Gruppen: der Arbeiterschaft, der Angestellten, der Beamten, der Jugend, der Frauen, der selbständigen gewerblichen und freien Berufe, der Bauern ist Gegenstand der Diskussion ge-

wesen. Schließlich sind Sozial- und Wirtschaftspolitik, Außen- und Europapolitik, Fragen der Propaganda und der Presse, der Kulturpolitik und der Bildungsarbeit erörtert worden.

Marxismus über Bord?

Beginnen wir mit der ersten Frage, die uns immer wieder gestellt wird: Wie steht die Sozialdemokratie heute zu dem, was man mit dem Wort „Marxismus" nur unvollkommen umschreibt. Schon diese Unvollkommenheit ruft oft tiefe Gegensätze in der Diskussion hervor. Viele Stimmen reden auf uns ein: Der Marxismus sei eine, obwohl seiner Zeit bedeutsame, heute aber überholte Auffassung. Die Verhältnisse hätten sich in hundert Jahren vollständig geändert. Man könne den Kapitalismus des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mit den Mitteln des neunzehnten bekämpfen. Also fordert man uns auf, endlich offen zu erklären: „Mit dem Marxismus haben wir nichts mehr zu tun!"

Diese Forderung unbesehen erfüllen, schiene mir zu bedeuten, daß wir gleichzeitig unsere Tradition, aber auch unser Wahrheitsgefühl und den Sinn wissenschaftlicher Grundlagen des Sozialismus verleugneten, und vor allem jedes Solidaritätsgefühl. So etwas kann vielleicht eine Bewegung tun, die sich selber über die Bedeutung eines bloßen Zweckverbandes hinaus nicht ernst nimmt, so wie es etwa viele unserer politischen Gegner getan haben, die es auch mit den Faschisten konnten, als ihnen kein anderer Ausweg zur Verteidigung ihrer klassenegoistischen Ziele offen zu bleiben schien, und die damit das Gesetz, nach dem sie einst angetreten, die demokratische Freiheit, bedenkenlos verrieten, da sie längst vom stolzen Citoyen zum satten Bourgeois entartet waren.

Die SPD aber ist k e i n bloßer Zweckverband. Und die Sozialistische Internationale ist keine supranationale Behörde zur Ausschaltung der demokratischen Kontrolle und zur machtpolitischen Ausnutzung von Sonderinteressen.

Die Lage der arbeitenden Klassen

Was hat das mit dem Marxismus zu tun? Als Karl Marx und Friedrich Engels im Jahre 1848 ihre Botschaft des Kommunistischen Manifestes in die Welt sandten, war die Arbeiterschaft eine durch die industrielle Revolution schwer getroffene, recht- und hilflose, ungeformte Masse. Das furchtbare Schicksal dieser Masse ist uns Heutigen kaum noch vorstellbar. Ich möchte hier allerdings die Augen darauf lenken, und vor allem das Herz, daß auch heute noch außerhalb Europas und Nordamerikas Zustände herrschen, die den damaligen

in Europa an Schamlosigkeit nicht nachstehen. Was den sogenannten farbigen Völkern und innerhalb dieser den arbeitenden Menschen noch h e u t e geschieht: die Vorenthaltung auch des primitivsten Schutzes und Rechts auf eine auch nur halbwegs erträgliche Lebenshaltung sollte uns, die wir in Europa und Amerika manchmal zufrieden auf unseren gehobenen Lebensstandard blicken, zu denken geben. Schon das allgemeine Ziel des Sozialismus: die Befreiung der Menschheit aus den Banden geistiger und wirtschaftlicher Hörigkeit sollte uns dahin bringen. Aber auch die rein praktische Erkenntnis mag manche belehren, daß in unserer modernen Welt nicht nur der Friede und die Freiheit unteilbar sind, sondern auch der Wohlstand, ohne den es, recht verstanden, auch keine echte Freiheit geben kann. Aus dieser doppelten Einsicht folgt für uns die solidarische Haltung gegenüber den Opfern der Kolonialausbeutung, die, wenn wir ihnen nicht rechtzeitig beistehen, leicht ein Opfer des totalitären Kommunismus werden können!

Der selbstentfremdete Mensch

Karl Marx war bei seinen Arbeiten philosophischer, soziologischer und ökonomischer Art davon geleitet, den Menschen die Freiheit zu bringen, und zwar in einer demokratischen Ordnung ohne Ausbeutung und Tyrannei. Sein Wort von der „Selbstentfremdung des Menschen" zeigt deutlicher als alles andere, daß es ihm auf den Menschen ankam, und nicht auf bloße Organisationsformen. Diese waren lediglich Institutionen zur Sicherung bestimmter Rechte und Freiheiten. Wesentlich aber, und das muß festgehalten werden, war ihm der Mensch, seine Freiheit, sein Wohlergehen und das Zusammenleben in einer echten Gemeinschaft. Damit knüpfte Marx p r a k t i s c h an die humanistische Tradition und an die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Solidarität an. Aber er wußte auch, besser als manche Heutigen, daß, wenn man diese Welt nicht nur interpretieren, sie nicht nur sittlich und moralisch beurteilen und verurteilen, sondern verändern will, es darauf ankommt, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen diese Veränderungen vor sich gehen können, und die Unterdrückten aufzurufen zum Kampf um die Schaffung anderer Bedingungen. Und so sehen wir ihn den Körper der modernen kapitalistischen Gesellschaft soziologisch sezieren. Wir sehen ihn bei dem Nachweis, daß wirtschaftlicher Erfolg und Mißerfolg nicht nur, und zum Teil gar nicht, das Ergebnis besonderer Tüchtigkeit, besonderen Fleißes, besonderer Rechtschaffenheit sind, sondern daß hier ein Abhängigkeitsverhältnis herrscht, das Kapitalverhältnis, dargestellt in einem Monopolcharakter der modernen Gesellschaft. Dieses Monopol stellte sich ihm vornehmlich dar im Eigentum an den Produktionsmitteln. Da die Besitzer der Produktionsmittel von der gro-

ßen Masse derer, die sie benutzen müssen, um ihr Leben zu fristen, weitaus weniger abhängig waren als diese von ihnen, konnten sie die Bedingungen diktieren, unter denen die Arbeiter zu arbeiten hatten. Diese Bedingungen kennen wir. Es kam also offenbar darauf an, diese privaten Monopole zu zerbrechen, weil ohne das von einer Freiheit im sittlichen und moralischen Sinne nicht gesprochen werden konnte, und weil die juristische Freiheit, Produktionsmittel zu erwerben, gegenstandslos für den war, der keine Mittel besaß, von diesem Recht Gebrauch zu machen. An dieser Stelle nun unterscheidet sich die Arbeit von Karl Marx erheblich von der der meisten anderen Gesellschaftskritiker seiner Zeit, mögen sie Soziologen, Politiker, Publizisten oder Kirchenmänner gewesen sein.

Das Ziel: die freie Assoziation

Hatte Marx den Charakter der modernen kapitalistischen Gesellschaft enthüllt, so begann er nicht, die Ausbeuter darauf hinzuweisen, daß Eigentum verpflichtet. Seine Erfahrung mit den politischen, wirtschaftlichen und moralischen Realitäten seiner Zeit, aber auch mit den tiefreichenden Wirkungen gesellschaftlicher Institutionen wie des Rechts- und Bildungswesens, hatten ihn schnell von der objektiven Nutzlosigkeit solcher Appelle überzeugt — ganz abgesehen davon, daß er auch die Ausbeuter selber zum Teil als Opfer einer barbarischen Entwicklung sah. Für ihn stand deshalb die Aufgabe fest, die Ausgebeuteten und Rechtlosen zu organisieren, sie zu einem Machtfaktor der Gesellschaft zu machen, dem es möglich sein sollte und könnte, die Freiheit für alle zu schaffen und möglichst zu sichern. Was ihm dabei letztlich vorschwebte, hat er klar und unmißverständlich gesagt. Sein Ziel war „die freie Assoziation, in der die Freiheit des Einzelnen die Grundbedingung ist für die F r e i h e i t a l l e r". Und man sollte angesichts solcher allgemeiner Zielsetzung endlich begreifen, so weit das noch nötig ist oder so weit nicht ein antimarxistischer Komplex es manchem unmöglich gemacht hat, daß die Impulse Marx'schen Denkens und Handelns dem Kampf um die Freiheit des Menschen, auch und gerade des Einzelnen, galten, daß sein leidenschaftlich und pathetisch verfochtenes Ziel für die Gesellschaft nicht darin bestand, die Herrschaft der einen Klasse durch die einer anderen zu ersetzen, sondern daß die Freiheit ihm ein so hoher und so selbstverständlicher Wert war, daß er sogar glaubte, es werde einmal eine Gesellschaft geben können, die des Machtinstrumentes eines Staates nicht mehr bedürfte, da dessen Hauptfunktion nur die eines Machtinstrumentes der Klassenherrschaft sein k ö n n e.

Mit dem freiheitlichen Impuls, mit der wissenschaftlichen Durchleuchtung der Kampfsituation der Klassen und mit der Organisierung der

Arbeiter zu einer internationalen Kampfbewegung hat Marx der Arbeiterschaft Ziel und Wege gewiesen, die auch heute noch ihre große Bedeutung haben.

19. und 20. Jahrhundert

Es ist selbstverständlich richtig, daß die Marx'sche Klasseneinteilung der Gesellschaft den heutigen Umständen entsprechend verändert werden muß. Die Gesellschaft ist viel mehr differenziert; die Arbeiter sind längst nicht mehr die gleichförmige Proletariermasse auf der untersten Stufe der Gesellschaft, - obwohl das rosige Bild, das Nicht-Sozialisten oft von ihnen machen, weit übertrieben ist. Die Mittelschichten sind in Bewegung geraten und die Millionenschar der Rentner ist ein besonderes Problem, - das viele durch Ignorierung zu lösen glauben. Die Bauern haben sich dem angeblichen Gesetz vom „Untergang des Kleinbetriebes" (Erfurter Programm) mit Erfolg widersetzt. Es ist also richtig und im wesentlichen nicht erstaunlich, daß ein Teil der historischen Erwartungen und Voraussagen nicht eingetroffen sind; es läßt sich vieles an dem, was Marx vor hundert Jahren gesagt hat, aussetzen. Was wir aber nicht vergessen, sondern dauernd beachten sollten, ist sein Nachweis des Monopolcharakters unserer Gesellschaft. Er besteht nach wie vor, auch wenn seine Erscheinungsformen sich gewandelt haben, und gerade d i e s e r Situation sollten wir die größte Beachtung schenken. Der Sozialismus hat nur in dem Maße Aussicht auf Verwirklichung, in dem die Monopole innerhalb unserer modernen Gesellschaft entweder beseitigt oder öffentlich kontrolliert werden.

Wir sollten also von Marx die Aufgabe übernehmen, die gesellschaftliche Situation mit wissenschaftlichen Methoden bloßzulegen. Das ist heute unverhältnismäßig viel komplizierter als damals, aber gerade d e s h a l b umso n o t w e n d i g e r. Wir stellen uns die Aufgabe, die Freiheit zu verteidigen und halten fest an dem Ziel einer Gesellschaft, für die die Sicherung der Freiheit und der Gerechtigkeit für alle und der Aufbau einer solidarischen Gemeinschaft die Bedingungen der Menschlichkeit sind. Und immer sollte uns dabei der kämpferische Elan von Marx und seinen Freunden leuchtendes Vorbild sein.

Wenn man sich die Marx'sche Lebensarbeit, von historisch bedingtem Rankenwerk befreit, so klar vor Augen führt, kann man nicht auf die Idee kommen, sie als überholten Ballast einfach über Bord zu werfen. Das neunzehnte Jahrhundert überwinden wir dadurch, daß wir die Aufgabe mit Mitteln des zwanzigsten zu erfüllen suchen, und daß wir das Ziel klarer herausstellen. Das ist heute keine kleinere, sondern eher eine größere Aufgabe geworden.

Hier treffen uns Sozialisten manche Vorwürfe mit Recht. Das Andenken an Marx und die Verbundenheit mit ihm bekundet man nicht

dadurch, daß man sein Werk als dogmatischen Leitfaden betrachtet, der für jede Situation ein passendes, leicht ablesbares Rezept enthält. Wer als „Marxismus" dauernde Auslegung alter Schriften und ihre wörtliche Rechtfertigung ansieht, wer ihn zu endlosen Streitgesprächen zwischen Schriftgelehrten degradiert, der darf sich nicht wundern, wenn man ihn als nicht mehr zeitgemäß ansieht. Was wir von Marx zu lernen haben, ist nicht Zitatenweisheit. Es ist die Unerschrockenheit seines Denkens, seine Wahrheitsliebe und sein Drang, zur Verwirklichung der Freiheit für seinen Teil und mit den seiner Zeit möglichen Mitteln beizutragen.

Sittliche und historische Notwendigkeit

Noch etwas anderes sollte uns am Marxismus zutiefst bewegen, obwohl wir es heute ablehnen: Marx und Engels waren Schüler der Hegel'schen Philosophie. Sie und ihre unmittelbaren Schüler und Nachfolger waren Zeitgenossen des wissenschaftsbesessenen Zuges des neunzehnten Jahrhunderts. Wir können heute kaum die gewaltige Macht dieses Glaubens an die Wissenschaft ermessen, weil wir und die Wissenschaft selber diesen Glauben verloren haben. Der Versuch, auch den historischen Prozeß gesetzmäßig zu erfassen, ihn als eine Art naturnotwendigen Ablauf bestimmter Entwicklungen zu sehen und zu deuten, mußte deshalb auch auf Marx und Engels Eindruck machen. Die Vorstellung, daß die Entwicklung zur Freiheit eine Menschheitsaufgabe sei, an deren Erfüllung zu arbeiten jeder Denkende und Leidende als sittliche Verpflichtung auffassen sollte, - diese Aufgabe wurde bei ihnen unter dem beherrschenden Einfluß Hegels zu einem G l a u b e n erweitert, daß die Freiheit sich in der Geschichte selber durchsetzen werde in einem Prozeß, den die Freiheitskämpfer nur zu begreifen hätten und zu beschleunigen brauchten. Dieser Glaube - und es war in der Tat ein Glaube, den die moderne Erfahrung in keiner Weise bestätigt hat - war eine tiefe Quelle der Siegeszuversicht der Arbeiterschaft. Diesen Glauben teilen wir nicht. Aber wir sollten in ihm erkennen, wie tief unsere Väter von der Sinnlosigkeit und Wertlosigkeit jeder gesellschaftlichen Ordnung überzeugt waren, in der die Freiheit unterdrückt wird. Das Gegenstück zur S e l b s t e n t f r e m d u n g des Menschen ist die V e r m e n s c h l i c h u n g unserer Gesellschaft.

Marx und die Kommunisten

Bei solcher Besinnung auf den Wesenskern Marx'scher Theorie und Praxis scheint mir jeder Versuch einer Beweisführung überflüssig zu sein gegen die oft aufgestellte Behauptung, Marx hätte die Grundlage geschaffen für das System des totalitären Kommunismus. Was in

dessen totalitären Staaten vor sich geht, mag in manchen technischen Einzelheiten auf Z i t a t e von Marx gestützt werden können, seinem menschlichen und politischen Gehalt nach ist es das genaue Gegenteil dessen, was Karl Marx - wie wir wissen - als Vision einer sozialistischen Gesellschaft vorgeschwebt hat. Und wenn Kommunisten und andere politische Gegner des demokratischen Sozialismus sich gegenseitig die Bälle zuwerfen bei der Verleumdung der Sozialdemokratie, dann soll man nicht vergessen, daß eine starke sozialistische Partei kommunistische Bewegungen immer zu fruchtlosem Sektiererdasein verdammt, während das sture Festhalten an überholten Vorrechten und an der Ausbeutung der Armen und Schwachen, die in Unfreiheit gehalten werden, dem Kommunismus geradezu die Wege ebnet. Das trifft nicht nur auf Asien zu!

Die Bedeutung der Ersatzreligion

Der Glaube an einen glückseligen und unvermeidlichen Endzustand unserer Gesellschaft, der Glaube an eine Ersatzreligion - dieser Glaube ist unserem heutigen Denken fremd! Trotzdem sollte er uns nicht nur als Gegenstand wissenschaftlicher Kritik zu denken geben. Denn wenn wir auch heute den Sozialismus nicht mehr als Heilslehre ansehen, so ist es doch wertvoll zu fragen, warum die Mühseligen und Beladenen damals eine solche Heilslehre begeistert aufnahmen. Die psychologisch und seelisch zureichende Erklärung liegt dann auch auf der Hand: Sie standen in einer grenzenlosen Not völlig allein. Diejenigen, denen die Sorge für die Mühseligen und Beladenen hätte naheliegen sollen, waren nicht auf ihrer Seite. Von hier aus erklärt sich für den, der sich bemüht, Zusammenhänge zu sehen - und das ist der Sinn gesellschaftlicher Betrachtungen -, leicht die Entfremdung der kämpfenden Arbeiter von den Kirchen. Nicht nur Karl Marx und seine Schüler, auch Vertreter der Kirchen sprachen offen aus, daß ein solches Unverständnis für die furchtbaren Sorgen der Zeit aus keiner, auch aus christlicher Verantwortung nicht gebilligt werden dürfte. Ich erwähne das nur, um einen Zustand zu erklären, der leicht aufdeckbare Ursachen hat. Man wird ihn nicht beseitigen können, wenn man nicht auch die Ursachen beseitigt! Hier hat sich manches gebessert. Sowohl die Kirchen als auch die Sozialisten sind bemüht, im Prozeß der Selbstverständigung und der Verständigung mit Außenstehenden den Aufgaben ihrer Zeit gerecht zu werden.

Der Hohn der Satten

Jeder redet heute darüber, daß aus dem stumpf dahinlebenden Proletariat eine selbstbewußte Arbeiterschaft geworden ist, deren Lebensstandard sich sehr verbessert hat. Damit soll nun, wie wir

hören, das Ziel des Sozialismus erreicht sein, für das man nachträglich, da es nichts mehr kostet, sogar ein gewisses Wohlwollen aufbringt. Solche Behauptungen offenbaren die ganze Unfähigkeit, die ethische Bedeutung des Sozialismus zu begreifen. Wo zeigt sich hier eigentlich „materialistischer" Geist? Wer meint, die Selbstentfremdung des Menschen sei a u f g e h o b e n, weil heute sogar Arbeiter schon manchmal ein Motorrad und einen Kühlschrank kaufen, der muß schon einen anspruchslosen Begriff vom Sinn eines kulturell erfüllten Lebens haben. Die auf bloße Willkür gegründeten Abhängigkeitsverhältnisse sind auch heute n i c h t beseitigt. Die anonyme Kontrolle ökonomischer und geistiger Machtmittel, die Beherrschung von Produktion und Verteilung durch freiheits- und wettbewerbsbeschränkende Konzerne, Kartelle, Ringe und andere Positionen; die Lenkung der öffentlichen Meinung durch Konzentrierung der Macht in der Presse, im Rundfunk, im Film, in allem, was wir heute als „Kulturindustrie" bezeichnen; der fehlende allgemeine Zugang des Volkes zu den Bildungseinrichtungen; die gewollte Zurückhaltung von Informationen über die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen; die Lenkung und einseitige Beeinflussung des durch eine mangelhafte politische Bildung schlecht vorbereiteten Wählers durch private und anonyme Machtgruppen der verschiedensten Art, - all dies zeigt, daß bestimmte Institutionen heute den Zugang zu wirklicher Freiheit und Gleichheit des Volkes und die Entwicklung einer solidarischen Gemeinschaft nicht weniger blockieren als vor hundert Jahren. Motorräder und Kühlschränke? Gut! „Aber damit kann die Sache für uns nicht bereinigt sein!" Dann aber geht es nicht ohne die Einsicht, daß unser gesellschaftliches Getriebe endlich völlig durchsichtig gemacht und damit den Sozialisten die Wege gezeigt werden müssen für einen zielbewußten und zielgerichteten Kampf gegen die zerstörerischen Kräfte unserer Zeit.

Wir können also in Karl Marx nicht den Stifter einer Religion, noch überhaupt einer Dogmatik sehen. Der Marxismus ist eine Summe von Erkenntnissen, er ist nicht Gegenstand eines Bekenntnisses! Wer uns in der Erkenntnis Wahrheit vermittelt, gehört zu uns. Marx war dabei einer der Bedeutendsten. Was an seinem Werk richtig war, wahrhaft und wegweisend, ist unser aller Gemeingut. U n s e r e Zeit erfordert von uns e i g e n e Wege und die dem Z i e l gemäßen M i t t e l.

Politik und Wissenschaft

Für diesen Kampf drängt sich - wie wir gesehen haben - e i n e Konsequenz geradezu auf: Die Durchleuchtung unserer Gesellschaft. Die Aufgabe, konkrete Unterlagen für einen rationell-planvollen Kampf zu beschaffen, kann nicht n e b e n b e i erfüllt werden. Sowohl die

Politik als auch die Wissenschaft müssen wir ernst nehmen. Beide sind für den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft nicht zu trennen. Die Wissenschaft soll zwar nicht mit Vorurteilen an ihre Arbeit herangehen. Aber die V e r w e r t u n g wissenschaftlicher Forschung sollten Sozialisten leisten! Wir haben bestimmte Fragen an die Wissenschaft: Vor welche Aufgaben stellt uns die zunehmende Verbürokratisierung der Institutionen, auch der Parteien? Wie sieht sie aus, kann man ihr beikommen oder sie verhindern? Andere soziologische und psychologische Fragen gehören in ihren Aufgabenkreis: Die Möglichkeit und Notwendigkeit sozialpädagogischen Einflusses auf die sozialistische Bewegung. Philosophische Arbeit zur Begründung des sozialistischen Ziels ist nötig, das der Impuls für unsere Entscheidungen ist. Solche Fragen sind bisher schon in Angriff genommen worden; aber die Arbeit muß systematisiert und vertieft werden.

Sozialisierung und Ausbeutung

Wir müssen unsere aktuellen Forderungen und Maßnahmen zurückführen können auf Grundsätze und wohlbegründete Ziele. Denn es ist unerläßlich, Ziel und Mittel auseinanderzuhalten. Für die Verwechslung von Ziel und Mittel und die Folgen solcher Verwechslung ein aufschlußreiches Beispiel: Im Jahre 1920 schrieb Karl Kautsky in seiner Broschüre: „Die Diktatur des Proletariats" folgendes:

„Genau genommen ist jedoch nicht der Sozialismus das Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse." So steht es im Erfurter Programm von 1891. „Die sozialistische Produktionsweise", heißt es weiter, „setzen wir uns in diesem Kampf deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen . . . Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß . . . die Befreiung des Proletariats und der Menschheit auf der Grundlage des P r i v a t e i g e n t u m s an Produktionsmitteln . . . am zweckmäßigsten zu erreichen sei, . . . dann müßten wir den S o z i a l i s m u s über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben."

Kautsky sieht also zunächst die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als ein M i t t e l an, unser „eigentliches Ziel", wie er sagt, nämlich die Beseitigung der Ausbeutung, zu erreichen. Aber seine Behauptung, wir müßten unter Umständen den S o z i a l i s m u s über Bord werfen, wenn die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Ausbeutung n i c h t beseitigt, zeigt, wie sehr er Weg und Ziel verwechselt. Und das hat verhängnisvolle Konsequenzen: Wenn die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit „Sozialismus" bezeichnet

wird, dann kann leicht der Verzicht auf ihre Vergesellschaftung von vornherein als Verrat am Sozialismus angesehen werden. Das ist auch oft geschehen, und den Streit gibt es heute noch. Lange Zeit galt als Axiom, wie Kautsky auch noch 1920 andeutet, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Ausbeutung beseitige. In der Sowjetunion hat sich erwiesen, daß sie dazu mindestens nicht hinreichend ist. Bei uns ist man heute überzeugt, daß sie dazu nur zum Teil notwendig ist. Unser Aktionsprogramm hat diese Forderung im einzelnen begründet.

Ziel und Mittel des Kampfes

Uns hilft nur eine reinliche Scheidung zwischen dem, was uns als sozialistisches Ziel vorschwebt, und welche Mittel wir dafür einsetzen wollen. Das Ziel muß die Stürme der Zeit überdauern; die Wahl der Mittel kann und muß den wechselnden Umständen angepaßt werden. In der Präambel und auch in der Einleitung zum Kapitel Wirtschaftspolitik des Aktionsprogramms haben wir versucht, dieser Forderung klarer als bisher zu entsprechen. In der Entwicklung ihrer wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Forderungen und ihrer Vorschläge für einen Sozialplan scheint mir unsere Partei auf dem richtigen Wege zu sein. Das Ziel ihrer politischen Anstrengungen wird klar genannt: ein Maximum an freier Mitbestimmung des Einzelnen bei der Gestaltung seines Lebens, bei gerechter Behandlung und solidarischer Gemeinschaftshaltung aller. Deshalb gleiche Startbedingungen für alle, die Loslösung der gesellschaftlichen Entwicklung von allen monopolistischen Begünstigungen von Sondergruppen, Steigerung des Sozialprodukts und seine gerechte Verteilung; ein Maximum an freiem Zugang des Volkes zu den Bildungseinrichtungen, zu den Schätzen der Kunst und zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung. So sollen die Grundlagen einer Gesellschaft gelegt und gesichert werden, in der die Freiheit des Einzelnen, die Gerechtigkeit in der Beschränkung der Interessenbefriedigung und die Solidarität aller bei der Aufrechterhaltung dieser Grundlagen als notwendig anerkannt werden. Auf diese Vorstellungen ausführlich einzugehen, wird im Grundsatzprogramm notwendig sein.

Über die Notwendigkeit der Anwendung dieser Grundsatzforderungen auf das politische Leben werden wir uns verständigen können. Die Wahl der Mittel in unserem Kampf ist aber wegen der Kompliziertheit der gesellschaftlichen Situation und der nicht bis in die Ewigkeit reichenden Voraussicht nicht einfach. Umso dringender ist die ständige Arbeit daran!

Ethik und Politik

Das alles ist der Idee nach nicht grundstürzend neu. Aber die begriffliche Trennung allgemeiner Zielvorstellungen und ihrer Begründung von den Mitteln und Wegen ihrer Verwirklichung muß deutlicher werden. Ebenso wichtig ist aber die Erkenntnis der engen Verknüpfung zwischen beiden. Dem Sozialisten kann z. B. nicht jedes Mittel recht sein. Sein Ziel verpflichtet ihn auch in dieser Richtung. Der Sozialismus wird heute auch ausgesprochenermaßen als eine ethisch fundierte Bewegung angesehen. So heißt es zum Beispiel in der Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951:

„Der Sozialismus bekämpft den Kapitalismus nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Unzulänglichkeit und seiner materiellen Bedrückung großer Massen, sondern weil er das sittliche Empfinden verletzt. Er verwirft jedes totalitäre System, weil es die Würde des Menschen schändet."

Darin ist sich heute die ganze sozialistische Internationale einig. Das bedeutet aber nicht, daß deshalb der politische Kampf schwächer geführt werden sollte, weil es etwa nun im wesentlichen darauf ankäme, diese ethischen Prinzipien zu verkünden und mehr auf Appelle an das Verantwortungsbewußtsein der Machthaber und ihrer Mitläufer zu vertrauen. Diese Appelle treffen heute, wie vor hundert Jahren, auf eine ethisch nicht hervorragend ansprechbare Welt. Das hat seine Gründe. Die ethische Haltung, die uns als Sozialisten ziemt, besteht in unserer kämpferischen Bereitschaft, die Gesellschaft politisch so zu formen, daß an sich notwendige und unter normalen Umständen wirksame Appelle an die sittliche Kraft des Einzelnen nicht unglaubwürdig werden dadurch, daß gesellschaftliche Einrichtungen die ethischen Forderungen an die Einzelnen geradezu verhöhnen.

Wenn wir zum Beispiel den Appell an das Gemeinschaftsgefühl des ganzen Volkes nehmen, der nach dem Zusammenbruch von 1945 zu gemeinsamen Anstrengungen beim Neuaufbau aufforderte, so ist aus abstrakt sittlicher Überzeugung daran gewiß nichts auszusetzen. Wenn wir aber sehen, daß seit der Währungsreform von ungefähr hundert Milliarden DM Gesamt-Investition ein großer Teil vornehmlich durch Selbstfinanzierung aufgebracht wurde, und wenn wir wissen, daß dies nur durch gemeinsame Leistungen der Konsumenten, der Steuerzahler und selbstverständlich der arbeitenden Menschen möglich gewesen ist, dann ist es von jedem sittlichen Standpunkt aus unerträglich und unerlaubt, daß diese vielen Milliarden unter dem Vorwand der Freiheit der Unternehmer und des Schutzes wohlerworbenen Privateigentums in der privaten Verfügungsgewalt einiger Weniger angehäuft wurden.

Dieser Skandal ist übrigens nicht nur Sozialisten, sondern auch katholischen und protestantischen Sozialphilosophen und Ökonomen aufgefallen. Der Jesuitenpater Prof. von Nell-Breuning spricht in seiner Schrift: „Eigentumsbildung in Arbeiterhand" von der „heillosen Entartung" und der „völlig unhaltbaren Verteilung des Eigentums" und er fügt hinzu:

„Dieser Zustand hat sich bereits in solchem Grade auch im Bewußtsein der Menschen verfestigt, daß sehr viele - nicht nur in Kreisen der Besitzenden, sondern vielleicht sogar mehr in den Kreisen der Nichtbesitzenden - sich einen anderen Zustand gar nicht vorstellen können."

Leider hat Nell-Breuning mit beiden Behauptungen recht, - was nicht für die Sozialisten spricht! Sie haben hier gewiß manches versäumt! Der Bedeutung dieser Frage entsprechend nimmt die Erörterung einer gerechteren Verteilungspolitik im Aktionsprogramm einen weit größeren Raum ein als bisher.

Eine Gesellschaft, die solche „heillose Entartung" ihrer eigenen Grundlagen nicht nur als e r l a u b t, sondern als notwendig ansieht für ihren Bestand, kann damit unmöglich eine Stärkung sittlicher Überzeugung im Volk erreichen. Für sie gilt offenbar das Bibel-Wort „Liebe Deinen Nächsten" nur in der zynischen Umformung „Jeder ist sich selbst der Nächste". Wir sollten uns nicht damit beruhigen, wieder einmal bestätigt zu erhalten, was wir längst wissen, daß „Dein ärmster Sohn auch Dein getreuester war". Das stimmt gewiß noch immer - aber es steht nirgendwo geschrieben, daß der getreueste Sohn auch immer der ärmste bleiben müsse.

Der politische Kampf mit all seinen Konsequenzen ist also gerade für den, der der Gesellschaft im Aufbau und in ihren Institutionen eine Grundlage der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geben will, unerläßlich, wenn sein Bekenntnis zu diesen Idealen nicht eine bloße Redensart zur Stützung machtpolitischer Ansprüche, und also eine höchst unethische Ausflucht werden soll.

Sozialismus und Weltanschauung

Damit komme ich zu der oft erörterten Frage: Soll die Sozialdemokratische Partei eine „Weltanschauungspartei" oder bloßer „Wahlverein" sein? Die Frage scheint mir schief gestellt zu sein. Wir können beides n i c h t sein. Daß wir kein bloßer Wahlverein sein können, ergibt sich aus der ethischen Verpflichtung unserer Aufgabe: wir haben bereits abgelehnt, ein bloßer Zweckverband zu sein, der auch sein Z i e l an die Umstände ausliefert, wie es das Bürgertum

tat, als es vor dem Faschismus kapitulierte. Aber die Frage bleibt, warum eine sozialistische Partei nicht eine Weltanschauungspartei sein soll.

Das Wort „Weltanschauung" ist nicht eindeutig. Aber mit dem Begriff ist wohl immer verbunden eine Überzeugung vom Woher und Wohin des Menschen, - von seinem Ursprung und seinem Ende, also eine Antwort auf religiöse Fragen. Das religiöse Bekenntnis eines Menschen aber, als Inhalt einer Glaubensüberzeugung, kann kein Gegenstand begrifflicher - logischer - Auseinandersetzung sein. Und für Sozialisten b r a u c h t es das nicht zu sein. Zu einer menschenwürdigen Gestaltung der Gesellschaft bedarf es bestimmter ethischer Grundhaltungen, die sich aus unserer Vorstellung von Freiheit, Gleichwertigkeit und Solidarität des Menschen herleiten. Ohne solche Grundsätze wird der politische Kampf ein bloßer Machtkampf um die Befriedigung hier und heute auftretender Interessen, ohne daß deren Berechtigung und Vorzugswürdigkeit begründet werden könnte. Das aber wäre bloßes Faustrecht; es ist eine hoffnungslose Degradierung jedes Rechtsbegriffs. Die ethischen Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft aber müßten von allen bejaht werden können, ganz gleich, welche positive Antwort auf religiöse Fragen für sie gilt und sie beseelt. Über den „echten Ring" im Bereich des Religiösen zu entscheiden, ist, wenn dieser Streit überhaupt sinnvoll ist, so jedenfalls n i c h t Aufgabe des Sozialismus. Alle Bekenntnisse können ohne Widerspruch zu ihrer Lehre unsere ethisch fundierten Pläne für die Gestaltung der Gesellschaft billigen, - und der Sozialismus hat ja auch in der Tat Anhänger mit den verschiedensten Haltungen in religiösen Fragen. Die gegebene Verschiedenartigkeit undiskutierbarer Weltanschauungen und die mögliche Gleichwertigkeit der begründbaren und einsehbaren ethischen Haltung aller scheint mir zu besagen: Es wird keine sozialistische Weltanschauung geben, aber es wird keinen Sozialisten geben ohne eine Weltanschauung oder ein Bemühen um sie.

Die Kirchen und der Sozialismus

Unser Verhältnis zu den Kirchen hat sich gewandelt. Mehr und mehr haben die Kirchen die Bedeutung der sozialen Frage erkannt. Das zeigen die päpstlichen Enzykliken Rerum novarum von 1891 und Quadragesimo anno von 1931, und neben manchen anderen Zeugnissen evangelischer Herkunft die Ergebnisse der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz von 1948. Auf vielen Tagungen der Evangelischen Akademien und in Äußerungen von Vertretern der katholischen Kirche setzt man sich zunehmend mit sozialistischen Forderungen auseinander. Der Sozialismus seinerseits steht den Kirchen anders gegenüber als noch vor einigen Jahrzehnten. Eine Sonderkonferenz

sozialistischer Parteien im März 1953 in Bentveld in Holland hat über die Stellung des Sozialismus zur Religion und zu den Kirchen bedeutsame Ergebnisse erarbeitet, die weiter besprochen werden sollen. Dies alles soll helfen und hat geholfen, bestimmte Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen.

Aber diese höchst begrüßenswerte Entwicklung macht uns nicht blind gegenüber alten und neuen Gefahren. Solche Gefahren bedrohen uns und unsere Freiheit noch immer bei allen Versuchen einer Klerikalisierung und konfessionellen Aufspaltung des öffentlichen Lebens. Wenn Sozialisten sich dagegen wenden, werden von gewissen Seiten die Kirche und die Religion als gefährdet erklärt. Mit Klerikalisierung meinen wir den Versuch, religiöse Überzeugungen und die Gewissensverpflichtung der Mitglieder einer Religionsgemeinschaft umzudeuten zu ihrer angeblichen Verpflichtung aus dem Glauben, bestimmte politische Institutionen und Parteien zu stützen oder zu bekämpfen. Das religiöse Bekenntnis und die Autorität der Geistlichkeit in religiösen Fragen dem Gläubigen gegenüber darf aber niemals mißbraucht werden zu einem moralischen Zwang bei politischen Entscheidungen. Das Bekenntnis zur Freiheit setzt die Freiheit des Gewissens voraus. Gewissensnöte eines Menschen politisch auszubeuten, heißt ihn unerlaubterweise zu entmündigen. In politischen Fragen kann es keine autoritäre Lehrmeinung geben: die Vertreter aller Konfessionen haben schon durch phantastische politische Fehlurteile bewiesen, was ohnehin selbstverständlich ist, daß sie nämlich in politischen Fragen so wenig wie wir alle gegen den Irrtum immun sind. Wir sehen das u. a. an der Sympathie, deren sich der Faschismus bei vielen Geistlichen erfreut hat, und zum Teil heute noch erfreut.

Jede Konfession hat das Recht freier Entfaltung und der Verkündigung ihrer Lehre. Aber sie soll durch die Überzeugungskraft dieser Lehre und das Vorbild ihrer Verkünder zu wirken suchen. Sie darf nicht auf dem Umweg über staatliche Institutionen, die sie durch Gewissenszwang erobert, versuchen, dogmatische Überzeugungen anderen aufzuzwingen! So wie der katholische Schriftsteller Louis Veuillot sinngemäß den Demokraten erklärt haben soll: „Ihr werdet uns alle Freiheit geben im Namen E u r e r Grundsätze — wir werden Euch alle Freiheit nehmen im Namen u n s e r e r Grundsätze".
Spanien zeigt die Folgen: Da geht es nicht um Marxisten und Sozialisten, dort ist selbst christlichen Protestanten d u r c h G e s e t z die öffentliche Ausübung ihrer Religion verboten.

Die holländischen Bischöfe haben kürzlich die Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Gewerkschaft und das ständige Lesen sozialistischer Zeitungen bei dauerndem unbußfertigem Verhalten mit dem Entzug der Sterbesakramente bedroht. Die Forderung Dr. Adenauers in Bad Boll, die Geistlichkeit sollte sich mehr in die Politik einmischen, kann

praktisch ähnliche Folgen haben. Selbstverständlich hat auch ein Geistlicher das Recht, seine politische Meinung zu äußern, aber besser nicht von der Kanzel herab. Hält er sich daran nicht, dann kommt er unvermeidlich in die Gefahr, die Kanzel zum Instrument und Gegenstand der Politik zu machen. Das aber kann weder der Politik noch den Kirchen dienlich sein.

In zunehmendem Maße wird die Konfessionalisierung der Institutionen als eine politische Machteroberung betrieben. Dieser Kampf ist verfassungswidrig und nimmt zum Teil groteske Formen an. Die Zulassung zu öffentlichen Ämtern hängt heute weitgehend ab von der Konfession des Bewerbers. Unser Postminister mußte aus Bayern stammen und Protestant sein. Trotz der Verfassungswidrigkeit solcher Praktiken werden die öffentlichen Ämter unter die Konfessionen „paritätisch" verteilt. Die konfessionelle Aufspaltung reicht von der Erziehung über die Berufsverbände bis herab zu den Lebensrettungsgesellschaften.

Hier können sich Demokraten und Sozialisten gar nicht energisch genug zur Wehr setzen! Das Entscheidende aber bleibt trotzdem: die Sicherung der Freiheit und Menschenwürde in unserer Gesellschaft, der Kampf gegen lediglich machtpolitisch begründete Interessengruppen, die Sorge für eine Erziehung zur Gemeinschaft dürfte von den Anhängern der christlichen Kirchen nicht als etwas angesehen werden, was ihren ureigenen Anliegen widerspricht. Darauf hinzuwirken, daß dies mehr und mehr allgemein erkannt wird, ist ein notwendiger Schritt sozialdemokratischer Politik.

Arbeiterpartei oder Volkspartei?

Auch diese Frage scheint mir schief gestellt. Der Sozialismus entstand als ein sittlicher Protest gegen eine barbarische Welt der Ausbeutung des Schwächsten. Das Proletariat litt darunter am fürchterlichsten. Der moderne Kampf um die Emanzipation der Menschen begann im Großen mit dem Emanzipationskampf der Arbeiterschaft. In den großen Kämpfen vieler Jahrzehnte um das freie Wahlrecht, einen Arbeiterschutz, ein Arbeitsrecht, einen Gesundheitsschutz, den Zugang zu den Bildungseinrichtungen hat die Arbeiterschaft sich ihre heutige Stellung erobert. Jetzt sind Millionen von Rentnern und Fürsorgeempfängern in einer Lage, in der viele nicht einmal das anerkannte Existenzminimum haben. Hier liegt einer der größten Aufgaben der Sozialisten; sie ist im Sozialplan des Aktions-Programms angesprochen. Aber auch andere gesellschaftliche Gruppen sind von Unsicherheit, Mangel und Unfreiheit bedroht. Wenn wir an das Schicksal vieler Vertriebener, an die Kriegsopfer im weitesten Sinne, an die Unsicherheit vieler Angehöriger der freien Berufe, der Angestellten,

auch der unteren Beamten denken, dann ist klar, daß die Sozialdemokraten sich nicht auf die Interessenvertretung der Arbeiterschaft beschränken können. Aber es ist wahr und bleibt wahr, daß die Arbeiterschaft nicht nur am Beginn des Emanzipationskampfes gestanden hat, sondern daß sie auch heute den Stamm sozialdemokratischer Wähler und Kämpfer bildet. Aus all dem möchte ich nicht den Schluß ziehen, den Streit um die Bezeichnung „Arbeiterpartei" oder „Volkspartei" fortzusetzen, oder ihn zugunsten der einen oder anderen Bezeichnung zu beenden. Wir Sozialdemokraten haben der Öffentlichkeit unsere Ziele verkündet, es sind die Ziele der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir heißen jeden willkommen, der für diese Ziele kämpfen will. Eine Änderung unseres Namens in einem Untertitel würde ich für eine schlechte Sache halten.

Sinn und Wert der Freiheit

Ohne den dauernden Versuch, die Freiheit der Menschen zu ermöglichen und zu schützen, bleibt das Ideal der Freiheit eine leere Formel. Die Verwirklichung der Freiheit ist unerhört viel schwieriger als das Bekenntnis zu ihr. Die Respektierung der Gleichheit der Würde jedes Menschen erfordert gleiche Startbedingungen für alle. Jeder muß die gleiche Möglichkeit haben, zu Wohlstand und Bildung zu gelangen. Diese Forderung hat nichts zu tun mit der Vorstellung uniformer, „gleichmacherischer" Lebensbedingungen für alle, - wie sie einem primitiven, die Idee der Gleichheit mißverstehenden Kollektivismus alter Zeiten vorschwebte. Die Menschen sind verschieden - ohne unser Zutun und ohne die Möglichkeit radikaler Abhilfe. Sie werden am Ende ihres Lebens trotz (heute längst nicht vorhandener) Gleichheit der Startbedingungen zu sehr verschiedenen Einzelzielen und zu unterschiedlichen Erfolgen und Mißerfolgen gelangt sein. Aber sie werden dann sich selber und unglücklichen Umständen, nicht aber einer gesellschaftlich sanktionierten Ungerechtigkeit, einem korrigierbaren ungleichen Start beim Weg ins Leben, die Schuld geben müssen. In Amerika sagte einmal ein Redner mit einem Seitenblick auf die oberen Zehntausend: „Nach der Revolution werden wir alle Erdbeeren und Sahne haben!" Ein Zwischenrufer antwortete: „Ich mag Erdbeeren gar nicht." Darauf der Redner: „Nach der Revolution wirst Du sie mögen!" - Das ist sicherlich ein Irrtum, zum Glück für die Kultur, wollen wir hinzufügen: Fleiß, Temperament und Talent, geistige Spannkraft und der Grad der Genügsamkeit werden immer verschieden sein. Das wollen und können wir nicht ändern. Wir wollen nicht dem Schöpfer ins Handwerk pfuschen. Aber die unvermeidliche Verschiedenheit menschlicher Eigenschaften nötigt uns nicht, einfach überall auf das „freie Spiel der Kräfte" zu

vertrauen, die die Natur in souveräner Mißachtung der Gerechtigkeit so ungleich verteilt. Wir fragen uns also, was wir politisch und pädagogisch beitragen können, um Freiheit und Gerechtigkeit zu sichern.

Dabei gehen wir aus vom Wert der Persönlichkeit. Sie ist der sich selber bestimmende, verantwortliche Mensch, der in allen Fragen des Lebens bestimmend mitentscheiden soll. Er darf niemals bloßer Zweck von Menschen, Parteien, Staaten oder anderen Organisationen sein. Von hier aus entscheiden wir uns klar gegen jeden Totalitarismus. Nicht bloßes Objekt sein, heißt nicht, daß es keine Unterordnung geben dürfte. Betriebszwecke, wirtschaftspolitische, gesellschaftliche und kulturelle Zwecke bedingen eine Ein- und Unterordnung. Aber sie muß als notwendig, als sachlich verständlich begriffen werden können: Wer solche Einordnung verlangt, muß sich seinerseits einordnen in die Zwecke der Gemeinschaft, zu deren Erfüllung mit einem kulturellen Inhalt wir alle beitragen sollten.

Kann man die Freiheit organisieren?

Die entscheidende Frage für den Politiker stellt sich hier: Kann man die Freiheit organisieren?

Hier scheiden sich die Geister. Viele glauben, man könnte es, und man sollte es, da die Menschen von sich aus mit ihrer Freiheit nichts Rechtes anzufangen wüßten, und jedenfalls heute nicht in der Lage seien, sich selber wertvolle Zwecke zu setzen. Viele Beispiele unserer modernen Kulturindustrie verraten diese Auffassung.

Andere glauben, der Mensch sei überhaupt nicht zur Freiheit geschaffen, er werde sie dauernd falsch anwenden und ständig daran leiden, er werde schließlich gern seine anstrengende Freiheit gegen eine beschauliche Sicherheit eintauschen. Solche Auffassung finden wir nicht nur in Dostojewskijs grandiosem Beispiel vom Großinquisitor. Sie entspricht auch dem faktischen Verhalten eines großen Teiles der heutigen Menschheit. Man kann mit vielen Psychologen sagen, und die Meinungsforschung bestätigt es, daß die Menschen eine Furcht vor der Freiheit entwickelt haben und viel mehr auf Sicherheit, Ordnung, Stabilität und Ruhe aus sind. Einer der bedeutendsten Psychologen unserer Zeit, Erich Fromm, hat eines seiner Bücher „Die Furcht vor der Freiheit" genannt. Die Menschen haben mit der Freiheit, oder was sich dafür anbot, schlechte Erfahrungen gemacht. Der unbegrenzte Glaube an den „Fortschritt" ist einem „Pessimismus" gewichen. Viele kulturpessimistische Romane entnehmen ihren Stoff nicht zufällig der Naturwissenschaft und der Entwicklung der Technik. Denn hier sind neue Abhängigkeiten entstanden, die der von der Wissenschaft überwundenen Abhängigkeit von den Naturge-

waffen ebenbürtig sind. Kleine Gruppen von Menschen können heute ganze Völker terrorisieren, mit der Polizei, mit der Verwaltung, mit gelenkter Meinungsbildung, mit der Schule und mit organisierter Unterhaltung und Zerstreuung. Panem et Circenses, noch mehr Brot und noch mehr Spiele - und noch weniger Freiheit! Auch die Freiheit der Wissenschaft ist zu einem Problem geworden. Für manche Zweige, wie die Atomphysik, ist sie nur riesigen Verbänden, staatlichen oder wirtschaftlichen möglich. Über ihre Verwendung entscheiden diese. Dabei ist die Frage: rentabel oder nicht, kriegswirksam oder nicht, entscheidend. Die Frage, ob man über die Ergebnisse dieser Wissenschaft frei reden darf, ist mit Nein beantwortet worden. Der Fall des amerikanischen Atom-Physikers Oppenheimer ist ein geradezu tragisches Beispiel des Konfliktes zwischen Wissenschaft und Freiheit. Hier hat die Wissenschaft sogar die Existenz der Menschheit in der Hand. Kein Wunder, daß man versucht, sie zu binden, zur Freiheit die Verantwortung hinzuzufügen. Aber können wir sicher sein, daß die Verantwortlichen mit dem entsetzlichen Rüstzeug der Atomwaffen entsprechend umgehen? Wie dem auch sei - Pessimismus eröffnet keinen Ausweg, außer in die Kapitulation.

Der Sozialist akzeptiert diesen gespenstisch anmutenden Reigen nicht als unentrinnbares Schicksal. Die komplizierte Gesellschaft muß mit komplizierter gewordenen Methoden der Wissenschaft durchsehbar gemacht werden. Jeder muß sehen können, wer mit wem spielt. Gespenster hören auf, Furcht einzuflößen, wenn man ihnen die Verkleidung abreißt. Und vielleicht sehen wir später, daß auch der neue König gar keine Kleider anhat.

Der Kampf gegen die Furcht

Dazu sind die Wissenschaft der Soziologie, der Psychologie, der Nationalökonomie und viele andere aufgerufen. Und da zeigt sich das für marxistisch Geschulte nicht verwunderliche Faktum, daß für die Wissenschaften zur Durchleuchtung dieser Gesellschaft viel weniger Geld zur Verfügung steht als für andere, deren Ergebnisse wirtschaftlich und machtpolitisch für bestimmte Schichten rentabel sind. Die Gespenster scheuen das Licht einer sie entlarvenden Wissenschaft. Dagegen, daß pessimistische Romane Bestseller sind, haben sie nichts, man kann auch mit der Furcht Geschäfte machen! Erst mit der Aufhellung dieser Tatbestände aber wird die Furcht weichen können und wieder Vertrauen in die Möglichkeit der Freiheit wachsen. Vorrechte und Monopolstellungen müssen sichtbar werden, darin liegt der Ansatz zu ihrer öffentlichen Kontrolle. Unser Aktionsprogramm weist in diese Richtung, - in der Präambel, im Wirtschaftsteil und auch im kulturpolitischen.

Nach all dem scheint klar zu sein: Freiheit selber läßt sich nicht organisieren. Wir können aber einer freiheitlichen Entwicklung den Weg ebnen, wir können ein Klima schaffen, in dem das Freiheitsgefühl sich wieder schöpferisch betätigen kann. Heute wird die Entwicklung einer Persönlichkeit oft künstlich gehemmt. Millionen von Menschen, die arbeiten wollen und können, durften es nicht! Man glaubte den Fall erledigt, weil eine Arbeitslosenrente gezahlt wird. Sozialisten können Sozialpolitik nicht so eng fassen. Was bei der Arbeitslosigkeit verloren geht, sind nicht nur Millionen von Arbeitsstunden. Verloren geht den Arbeitslosen und den Nutznießern ihres Elends, oft unwiederbringlich, das Gefühl für menschliche Werte. Eine Gesellschaft, die es nicht fertig bringen will, jedem das Recht auf einen Arbeitsplatz zu sichern, und ihm das Gefühl der Vollwertigkeit wenigstens auf diesem Gebiet zu geben, ist gerichtet - nicht nur im Urteil der Arbeitslosen, sondern aller Sozialisten. Die „Reservearmee" der Arbeitslosen muß durch Maßnahmen der Vollbeschäftigungspolitik endgültig demobilisiert werden. Dies ist die Magna Charta der Befreiung der Arbeitenden. Vollbeschäftigungspolitik ist also auch eine eminent sittliche Forderung.

Auch die Sorge um die Gesundheit und für das Alter — diese alle bewegenden Sorgen — können durch Organisation weitgehend behoben werden. Diese Organisation so wirksam wie möglich zu gestalten, ist eine der dringendsten Forderungen für eine Gesellschaft, die sich als eine solidarisch würdige Zwecke verfolgende Gemeinschaft auffaßt. Auch hier zeigt sich vor allem die Bedeutung des sozialdemokratischen Sozialplans.

Zuviel Sicherheit?

Viele fragen: Ist nicht dieser sogenannte Wohlfahrtsstaat (besser gesagt: Sozialstaat) eine Gefahr für die Freiheit? So sollten die nicht fragen, die bisher so wenig Eifer gezeigt haben, die Persönlichkeit zu ihrem Recht kommen zu lassen. Aber auch wenn wir von diesen „Interessenten" einmal absehen, so bleibt doch ein Fragezeichen übrig, vor dem man allerdings nicht die Segel zu streichen braucht. Aber eins ist richtig: Sozialistische Politik kann es nicht sein, den Menschen von der Wiege bis zum Grabe zu leiten, so daß er sich eigene Gedanken nicht mehr zu machen braucht. Der Sozialstaat soll den elementaren Existenzsorgen begegnen, aber nicht den Inhalt des Lebens organisieren. Die eigentlichen und menschlich wertvollsten Probleme zeigen sich erst, wenn die notwendigen und grundlegenden Lebensbedürfnisse befriedigt sind.

„Materielle" und „geistige" Interessen

Es gibt in diesem Zusammenhang ein Mißverständnis: Menschen in dauernder drängender Not zeigen im allgemeinen wenig Neigung und Spannkraft, sich höheren Lebenszwecken zuzuwenden. Daraus meinten viele schließen zu dürfen, daß die Besserung materieller Situationen gleichsam automatisch das Interesse an geistig gehaltvollerer Lebensweise steigern würde. Ein solches Kausalverhältnis besteht offenbar nicht: Die Arbeiterschaft hat trotz ihres Elends ein imponierendes Beispiel für ihren Kulturwillen gegeben. Die kulturpolitische Bedeutung des Freiheits-Kampfes der Arbeiterschaft, sein Einfluß auf die Entwicklung eines freieren geistigen Lebens und künstlerischen Schaffens ist längst nicht hinreichend gewürdigt worden.

Materielles Elend erstickt also nicht notwendig den Willen zur Freiheit und zu einem kulturellen Leben. Aber selbst wenn die Arbeiterschaft aus sich heraus eine Erziehungsaufgabe größten Stils mit Erfolg in Angriff genommen hatte, — niemand weiß, wie viel größer der Erfolg gewesen wäre, wenn nicht eine sozial feindliche Umwelt ihn immer wieder gestört hätte.

Um den Zugang zu einer wohlfundierten Bildung zu erleichtern, müssen soziale Erleichterungen die Startbedingungen verbessern. Damit werden Grundlagen geschaffen für die Entwicklung unserer Gesellschaft zu einer Kulturgemeinschaft.

Schule und Erziehung

Es folgt hier also die große Aufgabe der Pädagogik und Sozialpädagogik. Der Staat hat für diese entscheidende Aufgabe den Schlüssel in der Hand durch die Erziehung in der öffentlichen Schule. Die Gleichheit der Startbedingungen muß vor allem beim Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten verwirklicht werden. Obwohl in Deutschland viele Länder die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit eingeführt haben, ist der Zugang zu den verschiedenen Bildungswegen nach wie vor von der sozialen Lage des Kindes und nicht allein von seinen Anlagen abhängig. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, bedarf es einer gründlichen Neuordnung unseres gesamten Schulaufbaus. Das beziehungslose Nebeneinander der Bildungswege muß durch ein allein nach pädagogischen, nicht aber nach Standesgesichtspunkten gegliedertes Schulsystem überwunden werden. Die Schule muß auf ein Zusammenleben in Toleranz vorbereiten, das wir in unserem konfessionell gespaltenen Volke besonders nötig haben. Es genügt nicht, Toleranz zu lehren, sie muß täglich geübt

werden. Das aber ist nur möglich, wenn in der Schule Kinder der verschiedensten Bekenntnisse miteinander leben können.

Die Erziehung zur Toleranz bezieht sich aber nicht nur auf den religiös Andersgläubigen, sie ist auch nötig gegenüber dem politisch Andersdenkenden, gegenüber dem anderen Geschlecht, und nicht zuletzt gegenüber dem Menschen anderer sozialer Herkunft.

Die Schule als demokratische Einrichtung

Wenn wir von Gemeinschaftsschule reden, meinen wir eine Schule, die sich entsprechend der Erziehung zur Toleranz und zur Verantwortlichkeit nicht auf Autorität und Drill, sondern auf das tätige Miteinander von Lehrern und Schülern gründet. Der Bestand der Demokratie hängt nicht zuletzt davon ab, ob in der Schule mitbürgerliche Gesinnung geübt wird und ob die Schule dazu beiträgt, daß alle, auch die anonymen Institutionen der technisierten Gesellschaft von heute dem Schüler durchschaubar werden. Politische Bildung in diesem weiten Sinne ist ein Kernstück jeder öffentlichen Erziehung — von der Grundschule bis zur Hochschule. Sie wird den wachsenden Tendenzen zur Spezialistenbildung entgegenwirken und dem jungen Menschen zum Bewußtsein bringen, daß sein Beruf und seine künftige Stellung in der Gesellschaft nicht nur technische Fertigkeiten, sondern ebenso Verantwortungsbewußtsein erfordert.

Kein Bürger wird je eine „abgeschlossene" Erziehung erreicht haben, die all diesen Ansprüchen vollkommen genügt. Das trifft besonders zu in der heutigen Zeit, in der es noch keine allgemein anerkannten Vorstellungen über die Ziele einer solchen Erziehung und ihre Methoden gibt. Dieser Mangel wird noch vergrößert dadurch, daß es in Deutschland keine Tradition gibt, aus der heraus Bürger ohne theoretische Begründungen die Demokratie als eine selbstverständliche Staatsform ansehen, die von der demokratischen Lebenshaltung der Einzelnen Stabilität und einsehbaren Sinn erhält. Die in Deutschland jedesmal im Anschluß an einen verlorenen Krieg eingeführte Demokratie scheint mancher noch als eine Art unlichsamer Reparationsleistung zu empfinden, und manche andere bewegen sich in ihr wie in einem Paar neuer Stiefel, die sich noch nicht recht eingelaufen haben.

Erziehung zur Gemeinschaft in der Erwachsenenbildung

Wir müssen die Demokratie als Lebensform erst entwickeln, nachdem die Staatsform dazu die äußere Möglichkeit gegeben hat. Hier zeigt sich die Notwendigkeit und Bedeutung der Erwachsenen-

bildung. Über die Schule hinaus ist es nötig, Menschen zu bilden, die der Toleranz fähig sind, nicht in dem schon von Kant verworfenen Sinn der „hochmütigen Duldung", sondern in dem der Achtung Andersdenkender. Mit ihnen in ein Gespräch zu kommen mit der Bereitschaft, einander anzuhören und womöglich sich zu verständigen, ist die Aufgabe. Hier soll trotz verschiedener Auffassungen in einzelnen Fragen herausgestellt werden, worin man einig ist: die demokratische Gesellschaft zu erhalten und mit Leben und positiven Werten zu erfüllen.

In der Erwachsenenbildung wird der Charakter der Gemeinschaft viel stärker betont als in der Staatsschule, die ja die Schüler, mehr oder weniger zufällig, zusammenzwingt. In den Stätten der Erwachsenenbildung finden sich freie Gemeinschaften zusammen. In ihnen kann und sollte ein echtes Gefühl für den Wert von Bindungen erwachsen; von freiwilligen Bindungen an Menschen, an die Gemeinschaft, Bindungen, die der Freiheit erst einen Inhalt geben. Hier werden die Werte der Freundschaft, der Liebe, der Kameradschaft, der Solidarität, der Sinn für Wahrheit und Schönheit, für Wissenschaft und Kunst entwickelt werden können. Gerade darin zeigt sich die Fähigkeit eines Menschen, seinem Leben einen kulturellen Wert zu geben, daß er das Wagnis auf sich nimmt, Bindungen einzugehen, das heißt: Verantwortung auf sich nehmen. Wer aus Furcht vor der Übernahme von Verantwortung frei bleiben will von Bindungen, soll nicht glauben, daß Eigenbrödelei die Grundstimmung der Freiheit sei. Solche Bindungen werden ihm nicht von außen aufgenötigt. Er übernimmt sie, weil er übereinstimmt mit den Interessen, mit den Idealen, mit den Gefühlen und den Zielvorstellungen anderer. Hier bildet sich die Persönlichkeit, die in Freiheit Verantwortung zeigt und damit fähig wird, dem Einzelnen und der Gesellschaft zu dienen.

Viel mehr als bisher sollten öffentliche Mittel bereitgestellt werden für solche Bildungseinrichtungen großen Stils, wie es die freie Erwachsenenbildung sein kann, und wie sie vor allem in den freien Jugendverbänden möglich ist. Wesentlich ist, daß man sich hier, wie immer in Erziehungs- und Bildungsaufgaben, von jeder opportunistischen Politik fern hält, als ob z. B. solche Unterstützung nur notwendig wäre, um die Jugend „von der Straße zu bringen". Damit wäre diese große Arbeit der Bildung von Charakteren ein bloßer Fürsorgeerziehungs-Ersatz geworden.

Der Staat als soziale Demokratie

Aber nicht nur die gesellschaftlichen Institutionen, auch der Aufbau des demokratischen Staates selber macht uns Sorgen. Soviel ist sicher: der Staat ist kein Neutrum, das sich seiner Natur nach nur

von übergeordneten rechtlichen Gesichtspunkten leiten lassen könnte. Seine Lenker sind Menschen wie wir, mit Stärken und Schwächen, mit Urteilen und Vorurteilen. Die Frage ist also: Wie können wir erreichen, daß der Staat im öffentlichen Interesse geführt wird? Die Antwort darauf sieht so einfach aus, wie die Durchführung schwierig ist: Der demokratisch-parlamentarische Staat ist seiner Idee nach der einzige, in dem es nicht nur notwendig, sondern auch möglich und erlaubt ist, die Regierung dauernd zu kontrollieren und auf friedliche Weise abzusetzen. Das alles geschieht „durch das Volk" oder im ausgebildeten Repräsentativ-System unter Zustimmung seiner Mehrheit.

Für viele Demokraten und Sozialisten ist durch diese Einrichtung das Problem bewältigt, denn bekanntlich „wählen nur die allergrößten Kälber ihren Metzger selber". Und ebenso bekanntlich kann dem Einwilligenden kein Unrecht geschehen, was uns schon die Alten überliefert haben. Man hat zwar im Strafrecht dabei Einschränkungen vorgenommen, weil man weiß, unter welch merkwürdigen Bedingungen oft in bestimmte Aktionen „eingewilligt" wird. Aber auch im demokratischen Staat gerät man in ähnliche Schwierigkeiten. Die „Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk", nach der klassischen Begriffsbestimmung der Demokratie, hat in der Praxis gerade das Volk selber oft sehr unangenehm überrascht. Das ist einfach genug zu begreifen. Denn damit das Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, bei der Abgabe seiner Stimme hinreichend urteilsfähig ist, muß es ausreichende Informationen über die gesellschaftlichen und politischen Zustände und deren Hintergründe erhalten. Diesem Wunschbild kann man sich weitgehend annähern — aber heute sind wir weit davon entfernt. Das liegt nicht nur an der Komplexheit unserer Gesellschaft. Es gibt Bemühungen von vielen Seiten, den Wähler über die wahre Situation absichtlich im Unklaren zu lassen — um das Wenigste zu sagen! Das gibt es nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern verstanden die Metzger ihr Handwerk. Diese Mängel sind offensichtlich! Sie zu sehen, kann nicht heißen, vor ihnen zu kapitulieren oder den demokratischen Staat nur ernst zu nehmen, wenn wir gerade etwas von ihm wollen. Den demokratischen Staat, für dessen Aufrechterhaltung die demokratischen Spielregeln maßgebend sind, müssen wir bejahen, eindeutig und ohne Reservationen. Je mehr wir das tun, und uns also für sein Gedeihen verantwortlich fühlen, umsomehr werden wir an der Beseitigung seiner Mängel interessiert sein. Und dann sehen wir, daß auch in diesem Staat Machtgebilde ganz oder halbmonopolistischer Art in die Entwicklung der Freiheit eingreifen, und daß auch sie öffentlich kontrolliert werden müssen. Der Staat darf nicht ein Beuteobjekt zwischen den sogenannten pressure groups, den anonymen Machtegruppen, werden, für die bei der Entscheidung

über die Aufgaben des Staates letztlich nur die stärkeren Ellenbogen, die größere Macht entscheidend sind. Hier bleibt für Demokraten zunehmend mehr zu tun. Die Anonymität der Machtgruppen unserer Gesellschaft muß aufgehoben werden, sie müssen offen und öffentlich Farbe bekennen und dazu durch öffentliche Maßnahmen gezwungen werden. Die Verbände, die Parteien, die Staatsbürokratie, die Gesetzgebung müssen der Öffentlichkeit durchsichtig zur Kenntnis gebracht werden. Jeder Wähler muß wissen, wer in diesem Staat entscheidend Macht ausübt, auf welchen Grundlagen und in welcher Richtung. Diese Kenntnisse sind ein Lebenselement jeder demokratischen Gesellschaft. Die Bürokratie, der Idee nach ein Diener des Volkes, hat sich, wie schon ihr Name sagt, weitgehend zu seiner Beherrscherin entwickelt.

Das Unbehagen einer solchen Entwicklung gegenüber zeigt sich in dem weit verbreiteten Urteil, in der heutigen Gesellschaft sei „man" ohnehin machtlos. Man könne nicht sehen, was gespielt würde und wer die Drähte zöge. Von einer so resignierenden Grundhaltung aus schwindet leicht der Widerstand gegen autoritäre, ja totalitäre Herrschaftsformen, und die Mystik der Führergläubigkeit feiert wieder Triumphe. Sozialisten müssen diese Gefahr besonders deutlich sehen. Das Bekenntnis zum demokratischen Staat muß die Erkenntnis einschließen, wie viel noch daran gebaut werden muß, damit entstehen kann, was der Idealvorstellung eines demokratischen Staates entspricht.

Die Macht in der Demokratie

Wie kann dieser Umbau vor sich gehen? Einen großen Schritt zum demokratischen Ausbau unseres Staates stellt die Mitbestimmung aller Arbeitenden in der Wirtschaft dar. Die Vorstellung, die Wirtschaft sei etwas Privates, für das die Öffentlichkeit höchstens in Anspruch genommen werden kann, wenn es gilt, private Verluste zu sozialisieren, ist ein kaum verhüllter Zynismus. Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft gehört zu dem Kampf um die Lebenserhaltung der Demokratie.

Es handelt sich dabei um eine Machtfrage. Sie ist uns auch, und gerade in der Demokratie, täglich gestellt. Selbst wenn eine demokratische Mehrheit erst an einem bestimmten Tage erreicht werden wird, erst von da an also Regierungsmacht angewandt werden kann, so ist es doch nötig, Macht täglich und stündlich zu erobern, Schritt für Schritt! Das ist manchmal noch keine selbstverständliche Haltung. Die Sozialisten brauchen dazu, wie ich glaube, die Entwicklung eines stärkeren Machtbewußtseins. Ist es übertrieben, wenn man feststellt, daß nicht alle Machtpositionen der Gesellschaft, die durch Sozialisten

besetzt sind, mit einem Höchstmaß an Nutzeffekt für den Sozialismus wirken? Wird jede solche Position so genutzt, daß eine Gesamtentwicklung der Gesellschaft auf den Sozialismus hin dadurch unterstützt wird? Zum Machtbewußtsein gehört deshalb auch eine freiwillige und organisierte Koordinierung aller an den verschiedensten Stellen tätigen Sozialisten. Es genügt nicht, daß sie alle an einem Strick ziehen, sie müssen auch alle in der gleichen Richtung ziehen. Sonst paralysieren sie die Kräfte der Einzelnen, statt sie zu potenzieren.

Was entscheidend ist: Kein sozialistischer Inhaber einer Machtposition darf den engen Kontakt mit dem organisierten Teil der sozialistischen Bewegung, mit der sozialdemokratischen Partei verlieren. Dort ist die Stätte der notwendigen Zielsetzung, der Koordinierung, der Verarbeitung aller Anregungen und Kenntnisse und der Meinungsbildung für die sozialistische Tat.

Die Partei als sozialistische Institution

Auch die Sozialdemokratische Partei ist eine Institution innerhalb des demokratischen Staates. Auch sie ist selbstverständlich dauernd Gegenstand der Betrachtung, nicht immer einer zustimmenden. Die Kritik ist auch für sie nötig! Offene Worte können heilsam sein, — wobei die Betonung auf „offen" liegt. Niemand glaubt, daß gerade in unserem eigenen Haus, vor dessen Tür man bekanntlich zuerst kehren soll, für diese nützliche Tätigkeit kein Anlaß sein könnte. Warum sollte sich eine Partei dem allgemeinen Trend völlig entziehen können, dem alle gesellschaftlichen Institutionen unterliegen?

Ein gesunder Kreislauf, das heißt möglichst reibungslose Beziehungen von „oben" nach „unten" und umgekehrt, sind in einer Massenorganisation schwer zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist oft von der sogenannten „Verapparatung" der Partei gesprochen worden und über die Macht dieses Apparates. Man glaubt, viele Dinge würden zu formalistisch, bürokratisch behandelt, und es bestünde ein unnötiger Abstand zwischen den Führungsgremien und der Parteigenossenschaft. Solche Beschwerden kann eine sozialistische Partei nicht ernst genug nehmen.

Ohne eine dauernde Informierung aller Mitglieder und ohne die Verarbeitung dieses Materials auf jeder Parteiebene ist weder ein hinreichender Kontakt noch eine zufriedenstellende Beziehung möglich. Hier ergeben sich ernste Schwierigkeiten, die zu dem in der Kritik ausgedrückten Unbehagen führen. Das Material, das ständig in großer Zahl und gut lesbarer Aufmachung herausgegeben wird, muß seinen Adressaten schnell erreichen! Das ist aber

nicht alles! Gelegentlich können die Mitglieder gar nicht schnell genug und so ausreichend orientiert werden, daß noch jeder seine Stimme in die Waagschale der Entscheidung legen kann. Manchmal handelt es sich auch um Fragen, die gar nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden können, da sie ihrer Natur nach vertraulich sind, oder um bestimmte Pläne, die durch eine öffentliche Diskussion zerstört würden. Es gibt auch so komplizierte Gegenstände, die nicht auf einfache und leicht faßliche Formeln gebracht werden können. Das betrifft Fragen der Außenpolitik, die Entwicklung der Wirtschaftstheorie und ihre Konsequenzen für die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Das alles bedarf längerer und gründlicherer Darstellung als noch vor einigen Jahrzehnten. Und schließlich haben viele Mitglieder nicht die Zeit und Konzentration, schwieriges und umfangreiches Material zu studieren.

Möglichste Einfachheit und Einsehbarkeit werden immer zu Recht gefordert. Die Experten-Sprache, von den Experten selber kaum als solche empfunden, muß für alle verständlich gemacht werden. Aber viele Spezialgebiete entwickeln ihre Spezialausdrücke, die man einfach nicht übersehen darf, da auch eine Verständigung mit ihnen nötig ist. Und wir müssen ja halbwegs die gleiche Sprache sprechen. Das soll die Schwierigkeit zeigen, in die die zunehmende Spezialisierung uns alle gebracht hat. Wir müssen gemeinsame Anstrengungen machen, der eine, sich verständlich zu machen, der andere, zu verstehen. Hier muß jeder dauernd lernen.

Die Spezialisierung ist unvermeidlich. Sie hat oft bedrükkende Folgen. Wir sehen oft den Wald nicht mehr vor den Bäumen. Das geht uns allen so. Welche Hilfe ist hier möglich? Keine mechanische und keine einfache! Zuerst die Besinnung darauf, daß wir alle Genossen sind. Wir sollten immer daran denken, daß es nicht mit der Anrede getan ist. Genossenschaft verpflichtet — und das muß sich im Parteileben an jeder Stelle zeigen! Das ist für uns das Wesentliche, das uns über die Spezialistenbäume mit ihren Tücken hinweg immer den Wald, das Ganze, die Partei, den Sozialismus, eine vernünftige Gesellschaft erkennen und erleben läßt.

Gegenseitiges Vertrauen kann sich nur auf Grund persönlicher Erfahrungen bilden. Persönliche Kontakte sind also die Vorbedingung. Sie sollten verstärkt werden. Der möglichen „Verapparatung" (das Wort ist so scheußlich wie seine Bedeutung!) muß organisatorisch die demokratische Kontrolle entgegenwirken. Sie soll durch das Vertrauen nicht etwa ersetzt, sie soll dadurch vertieft werden. Denn erst wo Vertrauen besteht, wird Offenheit herrschen. Und nur wo Offenheit herrscht, wird die Kontrolle ihren eigentlichen Zweck erreichen, weil sie durchsehen kann, die richtigen Fragen stellen und ehrliche Antworten erhalten wird.

Es muß erreicht werden, daß jeder bei jedem den guten Willen voraussetzen kann, dem gemeinsamen Ziel zu dienen, und die Offenheit, nachdrücklich und ohne Umwege, gestützt auf Tatsachen, seine Meinung zu sagen.

Die Macht des Apparats ist schon dank der Freiwilligkeit der Arbeit nicht unbeschränkt. Der Apparat hat aber nicht einmal in diesem Rahmen die ihm zugesprochene Macht. Zur notwendigen Koordinierung vieler Arbeiten fehlt es bis heute an einer Befugnis der Führung. Im wesentlichen aber kommt es auch hier auf freiwillige Disziplin aller Mitglieder und die Vertrauensbasis an! Schließlich aber: Die Vorstände werden auf allen Ebenen der Partei von den Mitgliedern gewählt. Auch hier tauchen Schwierigkeiten auf; nicht immer wird allein dadurch der Richtige ermittelt. Man muß versuchen, Methoden zu entwickeln, die die Unzulänglichkeiten solcher Art verringern. Eine Reihe von Vorschlägen in dieser Richtung werden bereits diskutiert.

Im persönlichen Verkehr drängt sich die Notwendigkeit einer stabilen Vertrauensbasis besonders stark auf. Die Belastung mit einem Zuviel an Arbeit und die Anstrengungen einer erregenden und häufig mit Spannung geladenen Situation bringen mehr als in ruhigen Zeiten menschliche Unzulänglichkeiten zu Tage, denen sich niemand ganz entziehen kann. Hier hilft nur kameradschaftliche Kritik, geboren aus dem Geist der Solidarität, der wir uns alle verpflichtet fühlen und die uns zur zweiten Natur werden sollte.

Die Überbeanspruchung durch viele Ämter hat zur organisierten Einschränkung der Ämterhäufung geführt. Vielleicht sind über das Verbot gleichzeitiger Bundestags- und Landtagsmandate hinaus weitere Beschlüsse gegen die Ämterhäufung nötig. Solche Einschränkungen dienen nicht nur dem Schutz vor Überlastung. Sie schaffen damit gleichzeitig Platz für den notwendigen und auch vorhandenen arbeitswilligen und -fähigen Nachwuchs. Für die Bundestagswahl konnten 54 Kandidaten unter 35 Jahren aufgestellt werden, von denen 12 gewählt wurden. In dieser Richtung soll weiter gearbeitet werden.

Im übrigen wird jede Organisation, sei es die Gesellschaft, der Staat, wirtschaftliche, politische, soziale oder kulturelle Gebilde, von ihren Mitgliedern irgendwie als unbehaglich empfunden. Jede Organisation gewinnt ihren Sinn erst in Verbindung mit dem Ziel, das ihr gesetzt ist. Ein Ziel verwirklichen wollen bedeutet, zu organisieren. Organisieren aber heißt immer und notwendigerweise schematisieren, nicht alle Verschiedenheiten in Rechnung zu setzen.

Eine Partei ist prinzipiell in der gleichen Lage. Die Organisation ist das unerläßliche Gerüst, das Rahmenwerk, das Gerippe, die Sammelstelle der Kräfte und die Koordinierung der Einzelwillen. Diese Ein-

zelwillen aber mit dem Geist des gemeinsamen Zieles und seiner Konsequenzen zu erfüllen, mit geistiger Spannkraft und charakterlicher Stabilität, die sie über alle Wechselfälle des politischen Lebens hinwegträgt — das ist eine Aufgabe, die mit rein organisatorischen Maßnahmen nicht zu meistern ist.

Die öffentliche Diskussion

Deshalb sind zwei weitere Möglichkeiten geschaffen worden, die uns auf diesem Wege, wie wir hoffen, weiterbringen werden.

Die Diskussion darf nicht a b r e i ß e n , sie muß v e r t i e f t werden, sie muß auch öffentlich geführt werden. Dazu haben wir die Zeitschrift „Die neue Gesellschaft" begonnen. Sie wird von Sozialisten herausgegeben, ist aber nicht das Sprachrohr des Parteivorstandes oder überhaupt einer organisierten Körperschaft. Ein vielseitiger Redaktionsbeirat sorgt für die notwendige Weite. Die Zeitschrift hat die Freiheit, Kritik zu üben, Verständigung anzubahnen und mit Argumenten umzugehen. Sie gibt Mitarbeitern und Lesern gleichermaßen Gelegenheit, von der Diskussion zu lernen und an ihr teilzunehmen.

Die Zeitschrift steht auch Nicht-Sozialdemokraten offen, denn wir sind der Meinung, die sozialistischen Grundsätze können Anhänger finden, und h a b e n das bereits getan, weit über den Rahmen der organisierten Sozialdemokraten hinweg. Wir müssen unsere Tore nicht nur organisatorisch, sondern vor allem geistig öffnen.

Sozialistische Bildung

Noch weitergehend ist der Beschluß, eine zentrale Bildungsstätte zu schaffen. Es ist gelungen, dafür die äußeren Bedingungen zu erfüllen. Die Schule ist im Bau und wir hoffen, im nächsten Jahr mit der Arbeit zu beginnen. Die bisherige Bildungsarbeit war nicht sehr koordiniert und hing oft von zufälligen Möglichkeiten ab. Vertreter aller Bildungseinrichtungen werden in Zukunft zusammenkommen, um die neue Bildungsarbeit auf eine gemeinsame Basis zu stellen. Sie wird bis in alle Organisationsebenen der Partei sinnvoll aufgegliedert werden.

Unsere Bildungsstätte wird eine Kenntnis des Tatsachenmaterials vermitteln und in die Methoden seiner Verarbeitung einführen. Sie wird darüber hinaus geleitet sein durch das Dreigestirn unserer Zielvorstellungen: die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Solidarität. Sie wird die Freiheit der Diskussion neben der Gerechtigkeit der unparteiischen Behandlung und die Solidarität im Eintreten des Einen für den Andern praktisch üben. Sie steht vor einer großen Probe — wir haben vor, sie zu bestehen!

Die klassenlose Gesellschaft

Wir haben die Unzulänglichkeiten der Institutionen gesehen, die dem Menschen dienen sollen und können, aber sich immer wieder dieser Aufgabe entfremden, wenn sie nicht dauernd von Menschen kontrolliert werden, denen das Ziel einer freien und gerecht geordneten Gemeinschaft eine lebendige geistige Realität ist. Diese Menschen erwachsen uns nicht aus dem Kampf der Institutionen selber, sondern durch Diskussion und durch Bildung, durch Selbsterziehung und Kampf. Aber diese Erziehung wird nie abgeschlossen sein. Dafür sorgen der Fluß des Lebens, die Unabgeschlossenheit unserer Erfahrung und die Unvollkommenheit der menschlichen Natur. Aber die Vision einer möglichen sozialistischen Gesellschaft ohne Klassenegoismus und ohne Ausbeutung bewahrt uns vor dem Pessimismus, der an dieser Stelle der Erkenntnis viele Menschen befällt. Die e r z i e h e r i s c h e Bildungsaufgabe ist ein dauerndes, wenn auch stets sich vertiefendes Bemühen, den Menschen dahin zu bringen, Mensch zu sein. Und unsere p o l i t i s c h e Aufgabe liegt darin, die Gesellschaft institutionell so zu ordnen, daß es ihm äußerlich möglich ist, Mensch zu sein und daß er Mensch sein darf. So ist der Sozialismus eine dauernde, sich stets erneuernde Aufgabe für die Menschheit.

Wie steht es bei solcher Aufgabenstellung um die Möglichkeiten ihrer Erfüllung? Öffnen wir nicht dem Zweifel an den Sieg unserer Idee das Tor? Schwächen wir nicht die Zuversicht des sozialistischen Kämpfers? Dazu eine Gegenfrage: Verbietet es uns nicht die Achtung vor unserer eigenen Überzeugung, vor der Wahrheit und die Achtung vor dem Menschen, größere Chancen zu s e h e n und zu v e r k ü n d e n , als sich uns bei realistischer Betrachtung anbieten?

Die Chance mag so groß oder so klein sein wie sie will — o h n e unseren dauernden Kampf um eine bessere Welt wird sie sicher n i c h t besser werden. Unser Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit gibt der Menschheit die einzige Chance, jemals eine bessere Welt zu erleben. Die Chance ist umso größer, je rückhaltloser wir uns einsetzen.

Woher nehmen wir die Kraft, diesen Weg zu gehen?

Wir wissen alle um den Leidensweg der Widerstandskämpfer gegen totalitäre Mächte. Wir erlebten den Widerstand der Berliner gegen die Blockade und den Aufstand der Arbeiterschaft am 17. Juni 1953

gegen ein übermächtiges Terrorsystem. Was hat diese Männer und Frauen geleitet, in einer fast hoffnungslos erscheinenden Lage Freiheit und Leben aufs Spiel zu setzen? Wir wissen es aus vielen Zeugnissen: Es war die Scham, als Menschen ein System organisierter Vergewaltigung alles Menschlichen widerspruchslos zu ertragen, die sie alle Berechnung der Chancen hintan stellen ließ. Sollen wir kleiner sein als unsere Vorkämpfer? In einer Lage, die weit aussichtsvoller ist? Soll unsere Solidarität schweigen, gerade das, worauf sie mit Recht gewartet haben und worauf die nach uns Kommenden Anspruch haben?

Die Antwort ist klar: Wir sehen die Aufgabe, wir fühlen ihre Größe, wir kennen die Widerstände — und wir gehen solidarisch an die Arbeit.